



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# 2014: Ein Jahr, in dem die Weichen für Griechenlands Zukunft gestellt werden

Die ökonomische Entwicklung Griechenlands fiel im Jahr 2013 erneut desaströs aus: Das Bruttoinlandsprodukt sank um weitere 4,2 Prozent. Gleichzeitig geht in Deutschland die Diskussion über Griechenlands Verbleib im Euroraum erstaunlich einseitig weiter. Sie reduziert sich häufig auf ein „ist es besser für Deutschland, wenn Griechenland ‚drin‘ bleibt oder ‚raus‘ geht“. Dabei wäre es von essentieller Bedeutung, Bedingungen zu diskutieren, unter denen es sich für das Land selbst und für Europa als sinnvoll erweist, im Euroraum zu bleiben.

Griechenland teilt sich, wenn wir an Länder mit ähnlicher Bevölkerungszahl denken, einen Währungsraum mit Finnland, Belgien oder den Niederlanden. Diese Länder (Frankreich oder Deutschland natürlich auch) haben eines gemeinsam: Sie investieren seit langem systematisch drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts und mehr in Forschung und Entwicklung und damit in ihre Innovationssysteme. Was fast noch wichtiger ist: Es gibt einen politischen Konsens, dass diese Investitionen unantastbar sind, egal welche Regierung das Land lenkt. Folge der Investitionen: Diese Länder entwickeln sich permanent ökonomisch weiter. Griechenland tut das nicht.

Daraus lässt sich ableiten, unter welchen Bedingungen der Verbleib Griechenlands im Euroraum sinnvoll erscheint: Das Land steht vor der Entscheidung, sich diesem Vorbild anzuschließen und sein Innovationssystem erheblich auszubauen. Sobald daraus innovative Industrien mit hoher Wertschöpfung resultieren, hat es die Chance auf nachhaltiges Wachstum seiner Wirtschaft. Bei einer Investitionsstrategie in diese Richtung wäre der Verbleib im Euro für alle Seiten von Vorteil. Unterbleiben solche Investitionen und konzentriert sich Griechenlands Spezialisierung weiterhin auf Oliven, Retsina und Bettenburgen, ist ein Verbleib in der Eurozone schwerer zu begründen – außer alle Seiten sind sich einig, dass das Land unabsehbar am Transfertropf der EU hängen soll, um die weitere Integration Europas nicht zu gefährden.

In Griechenland gibt es bislang keinen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit systematischer Investitionen in das griechische Innovationssystem. Derzeit werden auch nur knapp 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Und es fehlt der griechischen Regierung an einer Vision, wo dieses Land in zehn Jahren stehen soll.

Nun hat Griechenland alle Aufmerksamkeit für sich, nicht nur wegen der Ratspräsidentschaft. Viel wichtiger: Die nächste siebenjährige Förderperiode der EU hat mit dem Jahreswechsel eingesetzt und die Erhöhung der Innovationsfähigkeit Europas zum wichtigsten Ziel erklärt. Ein gehöriger Anteil der EU-Mittel (auch aus den Strukturfonds) ist darauf ausgerichtet, Investitionen in Innovationssysteme zu ermöglichen. Damit sind dem Land alle Möglichkeiten gegeben, die dann umso notwendiger werdenden Strukturreformen zur Verbesserung des Geschäftsklimas mit einer wachstumsorientierten Investitionsstrategie zu begleiten, die Zahl exzellenter Forschungseinrichtungen und innovativer Unternehmen (beides existiert nur in sehr begrenztem Ausmaß) massiv auszubauen und so langfristig den Anschluss an die führenden Länder Europas zu finden. Werden die Mittel sinnvoll eingesetzt, so ermöglichen es diese Programme auch, eine glaubwürdige Vision für ein zukünftig prosperierendes Griechenland zu entfalten und – in der längeren Frist – einen Wandel in der griechischen Gesellschaft herbeizuführen.

Die griechische Regierung hat es also in der Hand, die Zukunft ihres Landes maßgeblich zu beeinflussen, in die eine Richtung wie in die andere. Die beste Unterstützung, die Griechenland dazu vor allem aus Deutschland erfahren kann, wäre eine Verschiebung der Diskussion hierzulande in die Richtung, dass auch Griechenland das Potential für eine High-Tech-Nation hat, wenn es in sein Innovationssystem investiert und gleichzeitig sein Geschäftsklima substantiell verbessert.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
81. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Heike Belitz  
Dr. Markus Grabka

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01806 - 14 00 50 25,  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.